

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

17. WP - 44. Sitzung

am Donnerstag, dem 31. März 2011, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Sönnichsen (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

i. V. v. Astrid Damerow

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Katharina Loedige (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Projekt „Zukunft der Steuerverwaltung 2020“	4
Bericht des Finanzministeriums Umdruck 17/1977	
2. Förderung des Projekts Immenhof	6
3. Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	7
vertrauliche Vorlagen des Wissenschaftsministeriums vertrauliche Umdrucke 17/1956 und 17/2097	
4. Information/Kenntnisnahme	9
Umdruck 17/1976 - Justizvollzug Umdruck 17/1978 - Sockelbudget Hochschulen Umdruck 17/1980 - Verwaltungsvereinbarung Bereitstellung von SAPOS-Daten	
5. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Projekt „Zukunft der Steuerverwaltung 2020“

Bericht des Finanzministeriums
Umdruck 17/1977

St Dr. Bastian nennt als wesentliche Herausforderungen einer effizienten Steuerverwaltung den Abbau von 300 Stellen bis zum Jahr 2020, eine rechtzeitige Ausbildung in angemessenem Umfang und die fortschreitende Digitalisierung der Finanzverwaltung. Mit den Betroffenen habe man in Modul 1 die Aufgabenstellung der Finanzverwaltung unter neuen Rahmenbedingungen erarbeitet, bis zum Herbst 2011 sollten in Modul 2 die Aufgabenzuweisung und der Zuschnitt der Finanzämter und in Modul 3 Möglichkeiten zur Verbesserung des Arbeitsumfelds für die Beschäftigten untersucht werden.

Sodann stellt Herr Lahrssen, Leiter des Projekts „Zukunft der Steuerverwaltung 2020“, die Ergebnisse des Moduls 1 vor (siehe Umdruck 17/1977 und Anlage 1).

Auf Fragen aus dem Ausschuss macht St Dr. Bastian deutlich, es gehe darum, die Effizienz weiter zu steigern, Aufgaben finanzamtsübergreifend zu bündeln und gleichzeitig in der Fläche präsent zu bleiben. Am Ende des Prozesses werde auch über Standortfragen zu diskutieren sein. 135 Stellen würden mit der Verlagerung der Zuständigkeit für die Kfz-Steuer bis zum Jahr 2014 auf den Bund übergehen. Die Betriebsprüfung sei von besonderer Bedeutung, die sogenannten mobilen Sachgebiete würden weiter ausgebaut, den Außendienst wolle man attraktiver gestalten. Die Zusammenarbeit mit den Steuerberatern über die elektronische Steuererklärung werde fortgesetzt.

Herr Lahrssen hebt abschließend hervor, die Zusammenführung von gewerblicher und Arbeitnehmerveranlagung stoße auf Widerstand. Überwiegend seien die Strukturmaßnahmen allerdings mit einer sehr breiten Mehrheit, oft sogar einstimmig getroffen worden. Die Einführung von Erhebungsstellen werde aus wirtschaftlichen Gründen der Zentralisierung von Finanzkassen vorgezogen. Man versuche, die Steuerberater davon zu überzeugen, dass die elektronische Kommunikation auch für sie Vorteile bringe.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Zukunft der Steuerverwaltung zur Kenntnis und erwartet im Herbst 2011 den Abschlussbericht zum Projekt „Zukunft der Steuerverwaltung 2020“.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Förderung des Projekts Immenhof

AL Christian führt aus, es handele sich um die Förderung einer Investitionsmaßnahme zur Diversifizierung von Einkünften landwirtschaftlicher Betriebe. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes könnten Investitionen gefördert werden, die dazu dienen, neben dem landwirtschaftlichen Einkommen auch andere Einkommen zu generieren, zum Beispiel im Tourismus. Der Antrag sei Ende 2010 bewilligt worden. Gegenstand der Förderung seien ein Kiosk, eine Reithalle und vier Ferienwohnungen. Die Förderung umfasse ein Volumen von knapp 500.000 €, das förderfähige Gesamtvorhaben 5 Millionen €. Die Investition solle bis Ende 2012 abgeschlossen sein. Die Fördersumme werde nach Vorlage eines ordnungsgemäßen Verwendungsnachweises an den Landwirt ausgezahlt. Der Antragsteller habe einen Plan zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit vorzulegen, dessen Plausibilität geprüft werde.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erläutert RL Thoben, Ziel der Agrarförderung sei es, dem landwirtschaftlichen Betrieb eine zusätzliche Einkommensquelle zu erschließen und das denkmalpflegerisch interessante Ensemble einer neuen Nutzung zuzuführen. Die Region sei eingebunden gewesen und unterstütze das Vorhaben ausdrücklich. Der Antragsteller müsse nachweisen, dass die Förderung geeignet sei, ihm ein zusätzliches Betriebseinkommen zu sichern. Der Investor wolle 180 ha landwirtschaftliche Fläche inklusive Gutsanlage bewirtschaften und den anderen Bereich einem Betreiber überlassen. Zur Diversifizierung reichten Landwirte jährlich circa 5 bis 10 Förderanträge ein, die man in den letzten Jahren immer habe bedienen können. Für das in Rede stehende Projekt seien in den Jahren 2011 und 2012 jeweils 125.000 € ELER-Mittel und 125.000 € GA-Mittel gebunden. Die förderfähigen Kosten lägen bei anderen Projekten der Agrarförderung bei durchschnittlich 100.000 €. Die staatliche Förderung sollte dem Investor für sein Projekt Ermutigung und Unterstützung geben.

Die Mitglieder der Oppositionsfractionen äußern sich kritisch zur Höhe der öffentlichen Förderung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

vertrauliche Vorlagen des Wissenschaftsministeriums
vertrauliche Umdrucke 17/1956 und 17/2097

M de Jager berichtet über das **Markterkundungsverfahren**, vertraulicher Umdruck 17/1956. Das Liegenschaftsübertragungsmodell hätte den Vorteil, dass es zeitnah begonnen werden könnte, und den Nachteil, dass die Miete für die Gebäude der Krankenversorgung das Jahresergebnis des UK S-H mit 30 Millionen bis 35 Millionen € belasten würde. Eine Privatisierung des Universitätsklinikums (wie in Gießen und Marburg) könnte erst ab 2015 erfolgen, hätte allerdings den Vorteil, dass die erforderlichen Baumaßnahmen durchgeführt und ein erheblicher Veräußerungserlös erzielt werden könnten. Staatskanzlei, Finanzministerium, Sozialministerium und Wissenschaftsministerium würden die Ergebnisse der Markterkundung auswerten; im April und Mai werde man mit den Hochschulen und dem UK S-H über die Modelle beraten; im Juni wolle die Landesregierung eine Entscheidung für eine Modellvariante herbeiführen und die Landtagsausschüsse in geeigneter Form einbinden. Nach der Grundsatzentscheidung für eine Modellvariante solle das Vergabeverfahren noch in diesem Jahr eingeleitet werden.

Abg. Heinold ist interessiert daran, möglichst mit einer breiten Mehrheit einen Weg zu finden, der schnell eingeleitet werden könne.

Auch Abg. Weber setzt sich dafür ein, in diesem Jahr mit den erforderlichen baulichen Maßnahmen zu beginnen, um die wirtschaftliche Situation des Klinikums zu verbessern. Er bedauert, dass die Landesregierung den Marktteilnehmern nicht bestimmte Leitplanken zur Orientierung aufgegeben habe, etwa zur Standortfrage oder zum Leistungsspektrum.

M de Jager sagt zu, dem Ausschuss im Mai die Modellvorschläge aus dem Markterkundungsverfahren in anonymisierter Form zu übermitteln. Man habe das Verfahren bewusst sehr offen angelegt. Bei beiden Modellen solle sehr schnell mit der Umsetzung des baulichen Masterplans begonnen werden. Der Minister weist darauf hin, dass die Baumaßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II liefen und das Land zwischen 2005 und 2010 knapp 230 Millionen € Bauleistungen am UK S-H vorgenommen habe.

Prof. Dr. Scholz, Vorstandsvorsitzender des **UK S-H**, stellt das **Jahresergebnis 2010** des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein vor, vertraulicher Umdruck 17/2097. Das UK S-H habe einen Zuwachs an Patienten zu verzeichnen und 2010 beim Wirtschaftsplan eine Punktlandung erreicht. Bedauerlicherweise werde das Klinikum nach wie vor durch das Fehlen eines bundeseinheitlichen Basisfallwerts benachteiligt.

Herr Pansegrau, Kaufmännischer Vorstand, erläutert die **Trennungsrechnung** des UK S-H (siehe Anlage 2). Fragen von Abg. Weber und Schulze beantwortet er dahin, das Grundprinzip der Kostenzuordnung sei deutschlandweit weitgehend gleich; eine genaue Abgrenzung sei bei Personalkosten schwierig. Selbstverständlich sei die Durchführung der Trennungsrechnung mit einem Personalaufwand verbunden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 17/1976 - Justizvollzug

Umdruck 17/1978 - Sockelbudget Hochschulen

Umdruck 17/1980 - Verwaltungsvereinbarung Bereitstellung von
SAPOS-Daten

Der Finanzausschuss stimmt dem Antrag des Justizministeriums zu, die Frist zur Vorlage des Berichts zur **Zielplanung für den Justizvollzug** bis nach den Sommerferien zu verlängern (Umdruck 17/1976).

Auf eine Frage von Abg. Heinold bestätigt M de Jager, das auslastungsbezogene **Sockelbudget bei den Hochschulen** werde entgegen der ursprünglichen Planung erst 2012 eingeführt (Umdruck 17/1978).

Zur **Vereinbarung über das Bereitstellen von SAPOS-Daten** (Umdruck 17/1980) hinterfragt Abg. Herdejürgen die Notwendigkeit regionaler Erfassungsstellen. - Abg. Schippels möchte wissen, bei welchen Stellen die Vereinbarung zu welchen Mehrkosten führe. - Der Finanzausschuss bittet das Innenministerium um schriftliche Beantwortung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 16. Juni 2011 will der Finanzausschuss gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss ein Gespräch mit der **Investitionsbank Schleswig-Holstein** führen und sich insbesondere mit den im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/2131 aufgeworfenen Fragen zum Thema Energie/Klimaschutz zu befassen.

Der Vorsitzende, Abg. Sönnichsen, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Peter Sönnichsen

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer